

## Gastkommentar inamo Nr. 49, Frühjahr 2007, S. 3

### Operation «Iranische Freiheit» – PR für ein weiteres Humanistan

Von Sabine Schiffer

Gerade die Aufdeckung der CIA-Aktivitäten durch den US-Starreporter Seymour Hersh lenkte 2005 unsere Aufmerksamkeit auf den Iran als zukünftiges Operationsziel. Seither wird nicht etwa über die Legitimität solcher *Eingriffe* diskutiert, sondern eine Diskussion um «das iranische Atomprogramm» geführt. Die Thematisierung dient letztlich den Zielen der US-Regierung: Iran als Schurkenstaat.

Wie bei der Einstimmung auf den jüngsten Irak-Krieg wird plötzlich Aufmerksamkeit auf den neu definierten Krisenherd gelenkt, einfach indem man davon spricht. Aus den bisherigen Kriegsvorbereitungsdiskursen können wir Regeln ableiten, die uns wichtige Hinweise auf die eingesetzte Propaganda geben. Medien und Meinungsträger drohen wieder einmal zu Instrumenten gezielter Kampagnen zu werden, wie das für die Einstimmung auf die Irak- und die Balkankriege nachgewiesen werden konnte.

Einige Spin-Muster: 1990 hat ein böser Schurke (Saddam) ein unschuldiges Opfer (Kuwait) überfallen. Der selbstlose Held (USA) hat das «Opfer» befreit und gerettet – diese märchenhafte Vorstellung mit eindeutigem gut und böse entspricht der Bewerbung des Krieges gegen die Iraker 1991. 2001 wurde aus Afghanistan ein Humanistan. Auch nach dem 11. September erschien der widerrechtliche Angriff erst dadurch legitim, daß man den Menschen ein besseres Leben versprach als zu Zeiten des Taliban-Regimes. Ähnlich argumentiert wurde auch 2002 als die Mär vom waffenstarrenden Irak nicht zog. Trotz Kritik an den konkreten Kriegsplänen konnte man ein starkes Kosten-Nutzen-Denken feststellen: wenn es den Menschen nachher besser ginge, wäre dann nicht ein kriegerischer Schlag gegen den Irak gerechtfertigt - gar «humanitäre Pflicht»? Genau mit diesem Konzept wird versucht werden, eine Einmischung im Iran zu rechtfertigen, wenn andere Argumente als Kriegspropaganda entlarvt werden. So kann etwa die «Situation der iranischen Frau» zum casus belli werden.

Könnte es nicht also einen Gewinn für die «freie» Welt darstellen, wenn auch dieser Schurke beseitigt würde? Eine nüchterne Gewinnkalkulation droht das Völkerrecht zu ersetzen. Der Iran nährt das Bild des Tyrannen schon lange. Die Begriffe *Mullah* und *Ayatollah* gelten inzwischen als Schimpfwörter, etwa wenn von Jean-Claude Trichet als «Ayatollah des Geldes» oder von Edmund Stoiber als «Alpenayatollah» die Rede ist. Ob Militärschlag oder nicht, die Einmischung wirkt sich in jedem Fall aus: Welche Opposition würde sich angesichts eines Feindes gegen die eigene Regierung stellen und zum Landesverräter werden? Der Konfrontationskurs nützt den Maximalisten auf allen Seiten. Die Moderaten verlieren an Boden. Der inneriranische Prozeß wird allein schon durch die Verbalattacken gestört. Und den Uninformierten wird es plausibel erscheinen, wenn man schließlich behauptet, «die Iraner» seien zu einer Demokratie eben nicht fähig. Dies, weil die Berichterstattung die demokratischen Tendenzen an der Basis weitestgehend ausgeblendet hat.

Dieses Versäumnis ist nicht wieder gut zu machen und schon gar nicht jetzt, will man nicht den gleichen Fehler machen wie vor dem jüngsten Irak-Krieg, als alle nur noch auf den Irak blickten. Da wurde plötzlich die Situation der Menschen gezeigt, die schon seit 10 Jahren unter dem UN-Embargo litten, ein Portrait von Saddam Husain, Stimmen von Regierungstreuen und Oppositionellen, arbeitenden Kindern, vergifteten Kurden. In der Situation hatte das den Effekt, die Frage nach einer «Intervention» gerechtfertigt erscheinen zu lassen – «human(itär)» eben – schamlos unser Mitgefühl ausnutzend. Kein anderes Krisengebiet hatte auch nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit. Die Fixierung auf den Irak wurde auch von seiten der Kriegsgegner bedient. Dieser Fokussierung entgeht auch der vorliegende Beitrag nicht und hierin liegt die Tücke im System. Auch kritische Beiträge helfen dabei, die Aufmerksamkeit auf den Punkt zu lenken, den jemand als Ziel auserkoren hat.

Dabei stellt sich aktuell die Frage, wer den Angriff führen wird, nur sekundär. Es sind vorab unglaubliche Details veröffentlicht worden: Die Bindung der USA an den Atomwaffensperrvertrag erzwingt einen Angriff von Israel aus, das sein Atomarsenal nicht offiziell zugegeben hat und damit auch nicht dem Sperrvertrag unterliegt. So wie die Ungeheuerlichkeiten der Vergangenheit – wie etwa die Mär vom «Kampf gegen den Terror» oder der «militärischen Sicherung von Wiederaufbau» Realität geworden sind, so sollten wir auch nicht so ungläubig auf diese Detailüberlegungen starren. Eher gilt die Maxime: je unglaublicher, um so wahrscheinlicher – und angesichts des tonnenschweren Einsatzes von abgereichertem Uran in den sog. «Bunkerbrechern» ist das Gerede über einen möglichen Atomschlag sowieso nur ein Ablenkungsmanöver.

*Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung.*